



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/241 - 18. Oktober 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Hochschule in Ost und West	S. 1
Wenni und Saragat / Bericht aus Italien	S. 3
Dehlers Keim zum Saarvertrag	S. 5
<u>Anhang:</u> Entschliessung des Parteivorstandes, des Parteyausschusses und der Kontrollkommission der SPD zur Umbildung des Kabinetts Adenauer	

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Bereitschaft zu neuem Denken tut not

Von Ulrich Lohmer

Unter den aufgeschlossenen Politikern unseres Staates besteht Einmütigkeit darüber, dass wir uns die Wiedervereinigung Deutschlands nicht denken können als die Ausdehnung der inneren Ordnung des einen Teiles auf den anderen. Für Sozialdemokraten geht es dabei darum, ein konkretes Bild von einem einheitlichen Deutschland zu entwickeln, in dem die beiden Ideen der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit Wirklichkeit werden. Geht man von diesem Ziel her an die Analyse der Hochschulen in der Bundesrepublik und in Mitteldeutschland heran, dann ergeben sich Folgerungen für die Aufgaben und die Stellung der Universitäten im wiedervereinigten Deutschland. Sie lassen sich schon heute allgemein formulieren, und wir tun gut daran, die Diskussion um den Standort der Hochschule in einer demokratischen Gesellschaft so früh wie möglich in Gang zu bringen.

Die Hochschule in einem wiedervereinigten Deutschland darf weder ein isoliertes Dasein führen noch zum Instrument einer politischen Ideologie werden. Sie ist ein Bestandteil der demokratischen Gesellschaft. Die Grundwerte der Demokratie müssen ihre innere Ordnung und ihre Zielsetzung bestimmen. Eben aus diesem Grunde ist auch die Freiheit von Forschung und Lehre zu gewährleisten. Dabei muss eine Hochschulreform im Zusammenhang gesehen werden mit einer entsprechender Gestaltung unseres gesamten Bildungswesens, und einer sachgerechten Bewertung des Studiums kommt hier grosse Bedeutung zu. Der Weg zur Hochschule muss allen befähigten Menschen aus allen Schichten offen stehen. Die geistige - 2 -

Arbeit, die das Studium darstellt, wäre als produktive Leistung für die Gesellschaft anzuerkennen und zu bewerten. Dem entspricht die Verpflichtung des Studierenden, sein Studium nicht nur als Ausbildung für sich selbst, sondern auch als Arbeit für die demokratische Gesellschaft aufzufassen. Die notwendige soziale Förderung begabter junger Menschen darf, wenn sie wirksam werden soll, dabei natürlich nicht erst während des Studiums einsetzen, sondern sie muss schon bei den Volksschulen und Oberschulen beginnen.

Besondere Aufmerksamkeit sollten wir weiterhin einer engen Zusammenarbeit der Hochschule mit anderen Institutionen der demokratischen Gesellschaft widmen. Diese Zusammenarbeit muss insbesondere die Erwachsenenbildung, die Schulen, die sozialen und politischen Organisationen einbeziehen. Das zu tun, wird selbstverständlich leichter sein, wenn der Lehrkörper der Hochschulen erweitert wird und wenn Lehr- und Forschungsinstitute über eine ihren Aufgaben entsprechende Ausstattung verfügen. Die Anforderungen, die durch die 2. industrielle Revolution in technischer, sozialer und pädagogischer Hinsicht an uns gestellt werden, lassen diesen Massnahmen ein besonderes Gesicht zukommen. Die Zahl der Studierenden wird grösser sein als heute, und wir werden uns überlegen müssen, welche Formen der sozialen Förderung wir für zweckmässig halten dürfen. Ein Studienhonorar oder ein ausgebautes Stipendienwesen bieten sich als mögliche Wege an. Man sollte beide Möglichkeiten nicht dogmatisch diskutieren, sondern ausgehen von der Überzeugung, wie der Grundsatz der gleichen Chance am besten realisiert werden kann. Eine Abhängigkeit des Studierenden von staatlichen oder anderen Institutionen ist auf jeden Fall zu vermeiden.

Die demokratische Gestaltung der inneren Struktur der Hochschule bedingt, um eine andere Frage anzusprechen, die kollegiale Zusammenarbeit aller Forscher und Lehrer an den Universitäten, die ergänzt werden muss durch eine gleichberechtigte Mitwirkung der Studierenden in einer alle Hochschulfragen einbeziehenden Mitverwaltung. Die zunehmende Differenzierung der Wissenschaften erfordert in diesem Zusammenhang die Einführung einer politischen und sozialwissenschaftlichen Grundbildung für alle Studierenden. Sie finden darin eine gemeinsame Basis für ihre fachliche Ausbildung und berufliche Tätigkeit. Auf diese Weise kann die nicht mehr realisierbare Idee der universitas litterarum ebenso aufgegeben werden wie die ideologische Verflüchtung des sogenannten gesellschafts-

wissenschaftlichen Studiums an den ostzonalen Universitäten. In einer Studienreform wird hier der Ausgestaltung der Teamarbeit, der Übungen und Seminare und der Schwerpunktbildung in der Ausbildung besonderes Gewicht gegeben werden müssen.

Das Ziel aller dieser Überlegungen und Vorschläge ist die Heranbildung eines wissenschaftlichen und für die Übernahme verantwortlicher Aufgaben in der demokratischen Gesellschaft vorbereiteten Nachwuchses. Der junge Akademiker in einem wiedervereinigten Deutschland soll sich durch Leistung, Verantwortungsbewusstsein, Urteilsfähigkeit, Selbstanze und Gestaltungswillen auszeichnen. Diese Ziele zu erreichen, wird nicht leicht sein, aber es muss bei gutem Willen aller für unsere Hochschulen verantwortlichen Persönlichkeiten und Gruppen möglich sein. Das wird Aufgeschlossenheit und Bereitschaft zu neuem Denken diesseits und jenseits des eisernen Vorhangs erfordern.

* * *

Nenni zwischen den Stühlen ?

PE-Rom, Mitte Oktober

Wie eine Bombe schlug vor etlichen Tagen in Rom die Nachricht ein, dass zwischen Nenni und der kommunistischen Partei ein neuer Pakt abgeschlossen worden sei, der bestimmt, den seit vielen Jahren in Kraft befindlichen "Pakt der Aktionseinheit" zwischen diesen beiden Parteien durch eine neue Abmachung zu ersetzen. Man versteht die sensationelle Wirkung dieser Nachricht, wenn man bedenkt, dass seit mehr als einem Monat intensive Verhandlungen über die Wiedervereinigung der Sozialisten mit den Sozialdemokraten geführt wurden, dass aber die Sozialdemokraten hierbei mit aller Entschiedenheit gefordert hatten, die Sozialisten müssten sich klar und eindeutig aus ihrer bisherigen, durch den "Pakt der Aktionseinheit" bestimmten Abhängigkeitsverhältnisse gegenüber den Kommunisten befreien.

Stattdessen hat sich die sozialistische Parteileitung jetzt neuerdings durch einen Pakt mit den Kommunisten verbunden. Der erste Eindruck des neuen Paktes bei den Sozialdemokraten war demnach auch dementsprechend ungünstig. Nennis Gegenspieler Saragat sparte nicht mit harten Worten und gab deutlich zu verstehen, dass durch diese unerwartete Wendung die ganze monatelange Arbeit für die Wiedervereinigung der beiden - 4 -

sozialistischen Parteien weitgehend zunichte gemacht sei.

Im römischen Parlament soll vor kurzen während einer Sitzung ein Austausch von Zetteln zwischen dem Republikaner Pecciarci und Pietro Nenni stattgefunden haben. Mit Beziehung auf Nennis vorsichtig lavierende Taktik bei der Behandlung der sozialistischen Wiedervereinigung schrieb Pecciarci seinem alten Freund ironisch: "Ich sehe dich schon zwischen zwei Stühlen sitzen!" Nennis Antwort darauf soll gelautet haben: "Ja, ich fürchte, ich werde zuletzt auf dem Fusstoden enden!"

Wenn die Anekdote auch nicht wörtlich wahr sein sollte, so ist sie doch zweifellos gut erfunden. Denn es ist in den letzten Wochen immer deutlicher geworden, dass Nenni mit seiner Initiative einer Rückführung seiner Partei ins demokratische Lager ein Wagnis unternommen hat, dessen Schwierigkeiten ausserordentlich gross sind und das für ihn sehr wohl zu einem "Ende zwischen den Stühlen" führen könnte. Die Widerstände gegen Nennis Bestrebungen haben sich von Woche zu Woche deutlicher bemerkbar gemacht, und es steht heute noch keineswegs fest, ob es ihm zuletzt gelingen wird, sie zu überwinden oder ob der Machtkampf innerhalb seiner Partei zwischen Demokraten und kommunistischen Mitläufern mit Nennis Niederlage enden wird.

So ist denn auch der neue Pakt mit den Kommunisten als ein Manöver zu verstehen, das Nenni von den Linksextremisten in seiner eigenen Parteileitung aufgenötigt worden ist. Wenn er dennoch seine Unterschrift unter diesen Pakt gesetzt hat, dann offenbar aus der Erwägung, dass ein offener Bruch mit den Kommunisten seinen eigenen Parteigängern einstellweilen noch nicht mundgerecht gemacht werden kann.

Nenni selbst hat sofort mit grossem Nachdruck hervorgehoben, dass der neue Pakt mit den Kommunisten für die Sozialisten weit weniger bindend sei als der vorhergehende, so dass die Ausserkraftsetzung des alten durch das neue Abkommen einen wesentlichen Schritt vorwärts auf dem schwierigen Weg der völligen ^Emansipation von der kommunistischen Vormundschaft darstelle. Ganz besonders aber unterstrich Nenni den Umstand, dass der neue Pakt für die zukünftige wiedervereinigte Partei nicht bindend sei, dass diese vielmehr ihr Verhältnis zu den Kommunisten ganz frei und ^{un}belastet ex novo gestalten könne.

Offenbar haben diese und ähnliche Argumente im sozialdemokratischen Lager ihren Eindruck nicht verfehlt. Anstelle der Verärgerung, die sich dort zunächst geltend gemacht hatte, ist sehr rasch eine verschönlere

Stimmung weiterer Verhandlungsbereitschaft getreten. Dazu trug nicht wenig der Beschluss des sozialistischen Parteivorstandes bei, den Sozialdemokraten die Bildung eines gemeinsamen Aktionsausschusses vorzuschlagen, der von jetzt an in ständigen Konsultationen den Zusammenschluss der beiden Parteien energisch fördern soll.

Indem die Sozialdemokraten diesen Vorschlag sofort annahmen gaben sie zu erkennen, dass sie von neuem an die konkrete Möglichkeit der Wiedervereinigung glauben und in dem jüngsten Pakt mit den Kommunisten nicht länger ein entscheidendes Hindernis für den Erfolg dieser Bemühungen erblicken. Das letzte, entscheidende Wort in der ganzen Angelegenheit aber wird der sozialistische Parteikongress zu sprechen haben. Henni hofft augenscheinlich, dass auf diesem Kongress, der im Januar stattfinden soll, die "Basis", also die grosse Masse der eingeschriebenen Mitglieder, ihm recht geben und damit alle Bemühungen seiner Gegner innerhalb der Partei zunichte machen werde. Wenn dies wirklich der Fall sein sollte, müsste Henni dann auf lange Zeit nicht mehr befürchten, zwischen den Stühlen auf dem Fussboden sitzen zu bleiben.

* * *

Wieder übers Ziel hinaus

sp. Dr. Bekler, der Vorsitzende der FDP, hat sich in Bonn sehr kritisch mit dem Inhalt des Saarvertrages auseinandergesetzt, der zwischen der Bundesregierung und der französischen Regierung unter ständiger Konsultation von Vertretern der Saarregierung in langwierigen Verhandlungen ausgehandelt wurde. Er bedarf nur noch der Unterzeichnung, die am 22. Oktober in Paris stattfinden soll, und danach der Ratifizierung durch die Parlamente, ehe er in Kraft tritt. Ein Sprecher der FDP kündigte an, die Fraktion werde diesen Vertrag ablehnen.

Ob es dazu wirklich kommt, bleibt abzuwarten. Auch bei der Abstimmung über das Saarstatut, das seinerzeit vom Bundestag abgelehnt wurde, stimmte die damals freilich noch nicht gespaltene FDP nicht einheitlich.

Inzwischen hat sich aber Entscheidendes zugetragen. Die rund eine Million Deutsche an der Saar werden aller Voraussicht nach vom 1. Januar 1957 an wieder im deutschen, d.h. einstweilen im Staatsverband der Bundesrepublik politisch zu Hause sein. Das ist der entscheidende Punkt, darin sind sich im Grunde alle einig. Die Gefahr einer "Europäisierung"

der Saar ist gebarnt und alle Einsichtigen waren sich von vornherein darüber im klaren, dass dafür ein Preis an Frankreich gezahlt werden musste - so wie eines Tages, wenn es um die Wiedervereinigung Deutschlands im Bereich der jetzt noch besetzten Zonen geht, für einen solchen entscheidenden Fortschritt ein Preis wird entrichtet werden müssen.

Dabei ist durchaus möglich, dass die verfehlte Saarpolitik der Bundesregierung in den letzten Jahren den Preis für die Rückführung dieses Gebietes erhöht hat, so wie das, in Parallele dazu, wenn auch in anderer Größenordnung, auch für die Wiedervereinigung mit den mitteldeutschen Gebieten zutreffen dürfte. Aber es wäre nach allem, was vorangegangen ist, und vor allem in Hinblick auf die sicheren Konsequenzen einer Ablehnung des jetzt vorliegenden Saarvertrages unverantwortlich, die Wiedereingliederung des Saargebietes an der gewiss sehr beträchtlichen, aber doch nicht unerschwinglichen Höhe dieses wirtschaftlichen Preises scheitern zu lassen. Das könnte sich der Deutsche Bundestag, wenn er verantwortlich handelt, nicht erlauben. Selbst Herr Schneider von der Konkurrenz der FDP, der gewiss nicht an einem Übermass an Skrupeln auf dem Wege zu grösserer politischer Macht leidet, hat sich in dieser Frage bisher nicht festzulagen gewagt.

Die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren für oft recht fragwürdige Zwecke Unsummen ausgegeben, die ein Vielfaches von dem ausmachen, was jetzt für die Rückkehr der Saar aufzuwenden wäre. Auch das muss man bedenken, wobei gewiss nicht übersehen werden soll, dass es sich bei den getroffenen Vereinbarungen nicht um einen gerechten Preis handelt. Aber die Saar war in französischen Augen zum einmal das letzte verbliebene Faustpfand dafür, dass Frankreich am Ende des Krieges auf der Seite der Sieger stand. Das war zu berücksichtigen, wenn man realpolitisch denken und handeln wollte. Schon 1950 hatte Dr. Schulerer vorge-schlagen, durch ein umfassendes Wirtschaftsabkommen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik eine für alle Beteiligten befriedigende Lösung zu finden, da die Notwendigkeit von Opfern auf deutscher Seite unerlässlich sei.

Sicher hat auch Dr. Dohler sehr entschieden und gegen heftige Widerstände in der Regierung für das Verbleiben der Saar bei Deutschland gekämpft. Mit einer Verwirklichung seiner jetzigen Empfehlungen, den Saarvertrag abzulehnen, würde er nur selbst seine früheren Anstrengungen mindestens auf absehbare Zeit zunichte machen.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau

Entschliessung

des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Umbildung des Kabinetts Adenauer:

1.) Die Kabinettsumbildung hat keines der drängenden offenen Probleme der Lösung nähergebracht. Die Kräfte sind in der Regierung geblieben, die verantwortlich sind für die Preissteigerungen, die unzureichenden Einkommen breiter Volksschichten und die so lange verschleppte Rentenreform. Weder der Finanz- noch der Wirtschaftsminister sind vom Bundeskanzler in verbindlicher Weise dazu verpflichtet worden, ihre Quertreibereien gegen das schon so lange verschleppte Gesetz zur Reform der Altersrenten einzustellen und sich für die baldige Verwirklichung des Gesetzes einzusetzen.

2.) Der Wechsel in der Leitung des Verteidigungsministeriums macht offenkundig, dass die bisherige Planung des Aufbaues der Bundeswehr von der Bundesregierung nicht aufrechterhalten werden kann und dass die Bevölkerung der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren von der Regierung in allen Fragen der Verteidigungspolitik getäuscht wurde. Deshalb dürfen auf der Grundlage dieser verfehlten Planung keine unumstößlichen Tatsachen mehr geschaffen werden. Das Gesetz über die Dauer der Dienstzeit darf nicht verabschiedet werden, bevor die Wähler entscheiden haben und ein neuer Bundestag zusammentreten ist. Es wäre unverantwortlich, an der geplanten Einberufung von Wehrpflichtigen festzuhalten, obwohl schon die menschenwürdige Unterbringung der bisher Einberufenen auf nahezu unüberwindbare Schwierigkeiten stößt. Die Gesetze über den Wahrbeauftragten des Bundestages, über die Organisation des Bundesverteidigungsministeriums und die Spitzengliederung der Bundeswehr, über die Rechtsstellung der Soldaten, auch auf den Gebieten der Besoldung, der Versorgung, der Disziplin und der Beschwerdemöglichkeiten sowie über die Durchführung des Rechtes auf Verweigerung des Kriegsdienstes aus Gewissensgründen müssen den Vorrang vor jedem Schritt zur Einberufung der Wehrpflichtigen haben.

3.) Die SPD fordert angesichts der widersprechenden Erklärungen aus dem Regierungslager die Überprüfung aller Bewerber für die Bundeswehr an

der ehemaligen Waffen-SS durch den Personalgutachtenausschuss, damit von der Bundeswehr individuell solche ehemaligen Waffen-SS-Leute ferngehalten werden, die ^{an} nationalsozialist^{ischen} Gewalttaten mitschuldig wurden oder von denen eine demokratische Haltung nicht unbedingt zu erwarten ist.

4. Mit grösster Sorge stellt die Sozialdemokratische Partei fest, dass im Zusammenhang mit der Kabinettsumbildung keinerlei Anzeichen für dringend notwendige Bemühungen um neue und realistische Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit zu erkennen sind. Es besteht die Gefahr, dass die Bundesrepublik mit ihrer Forderung auf Wiedervereinigung in die Isolierung gerät, weil die Bundesregierung es versäumt, der neuen Entwicklung in der Welt und im Verhältnis der Grossmächte zueinander Rechnung zu tragen und neue Vorschläge zur Lösung der Deutschlandfrage vorzulegen.

5.) Zu der von Bundeskanzler in jüngster Zeit vertretenen Forderung nach einer "Europäischen Föderation" und einer Beschleunigung des europäischen Zusammenschlusses erklärt die Sozialdemokratische Partei, der Bundeskanzler möge dafür sorgen, dass die von der Bundesregierung gegen die Schaffung einer europäischen Gemeinschaft zur Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke errichteten Hindernisse und Vorbehalte endlich beseitigt werden. Damit könnte ein wesentlicher Schritt zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit ermöglicht werden.

6.) Die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschland auf ihrem Münchener Parteitag geforderte Neuorientierung der Politik der Bundesrepublik erweist sich nach der Umbildung des Kabinetts Adenauer erst recht als eine Aufgabe, die zum Wohle des ganzen deutschen Volkes durch die Wähler gelöst werden muss.